

Meldungen

zusammengestellt von Dirk Geilen

Gewalt gegen Christen

Am 23. September kam es im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh zur Vergewaltigung von vier katholischen Nonnen durch eine Gruppe von Männern. Fünf zunächst festgenommene Verdächtige wurden am nächsten Tag wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Polizei konnte bislang erst zwei der vermutlich 15 bis 20 Täter in Gewahrsam nehmen.

Doch dieser Zwischenfall gegen Angehörige der christlichen Minderheit blieb nicht der einzige Ende des Monats. Am 26. September wurde in einem anderen Distrikt Madhya Pradesh ein Missionarszentrum und der Priester attackiert. Der Innenminister des Bundesstaates macht Angehörige der vorwiegend nicht-christlichen Stammesbevölkerung der Bheel und Bhilala für die Gewalttaten verantwortlich. Obwohl es sich bei dem indischen Bundesstaat um einen der ärmsten handelt - die Alphabetisierungsquote ist im indischen Vergleich sehr niedrig und die Kriminalitätsrate sehr hoch -, wurden im jetzt betroffenen Distrikt Jhabua in den letzten Jahren keine Vorfälle kommunalistischer Gewalt, organisierte Überfälle gegen Minderheiten oder Gewaltverbrechen gegen Frauen registriert.

Der Ministerpräsident des Bundesstaates, Digvijay Singh (Congress), macht hindu-nationale Kräfte für die Übergriffe verantwortlich und glaubt - nach der Machtübernahme der von der BJP-geführten Koalitionsregierung in Delhi an einen Plan Christen zu attackieren. Er forderte Kirchenvertreter auf, sensible Institutionen zwecks Polizeischutz zu identifizieren.

Während einige regionale BJP-Führer im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen in Madhya Pradesh zum Gegenangriff übergingen und kriminelle Verbindungen zwischen Congress und Mafia herzustellen suchten, äußerten sich hochrangige Vertreter der nahestehenden 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) unverbüßelt. Der Welthindurat VHP, welcher zur sogenannten Sangh-Familie um die 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) gezählt wird, machte auch für Ereignisse in Jhabua und Bhagpat, wo im August in Uttar Pradesh ein Konvent geplündert, Nonnen geschlagen und ein Wachmann gefährlich verletzt wurden,

letztlich die "christlichen Missionare" selbst verantwortlich. Die gewalttätigen Übergriffe seien "Ausdruck des Zorns der patriotischen Hindu-Jugend gegen antinationale Kräfte". Die "christlichen Missionare" wurden aufgefordert, das Land zu verlassen. Der Zentralsekretär der VHP und frühere BJP-Abgeordnete B.L. 'Prem' Sharma bezeichnete die Übergriffe sinngemäß als logische Konsequenz der systematischen Konvertierung von Hindus zum Christentum.

Tatsächlich finden nach wie vor Konvertierungen statt. Besonders Angehörige der Dalit und Adivasi versprechen sich vom Übertritt zum Christentum eine Verbesserung ihres sozialen Status. Nicht gewürdigt wird zudem der soziale Einsatz von Nonnen und Priestern in unterentwickelten Regionen des Landes sowie die Tatsache, daß die sogenannten Missionare hauptsächlich Inder sind.

Der Generalsekretär der VHP bemühte sich die Stellungnahmen Sharmas zu bagatellisieren. BJP-Führer ihrerseits distanzieren sich. Dennoch bleiben Befürchtungen, daß die Hindu-Organisationen eine gemeinsame Strategie verfolgen. Im Fadenkreuz ihrer Beschuldigungen und tätlichen Übergriffe stünden demnach nicht wie ursprünglich befürchtet die Minderheit der Muslime, sondern die der Christen. Eine mögliche Erklärung für ein solches Vorgehen bietet die indische Wahlarithmetik: Ein moderater Kurs gegenüber der knapp 12 Prozent starken und regional zudem konzentrierteren Minderheit der Muslime bietet sich aus wahltaktischem Kalkül. Die 2,4 Prozent starke Minderheit der Muslime dagegen kann zum einen eher vernachlässigt werden und bietet auch aus historischen Gründen eine leichte Zielscheibe.

Letztendlich werfen solche Spekulationen auch immer wieder Fragen bezüglich der Machtverteilung innerhalb der Sangh-Familie auf, zum Beispiel, ob die BJP sich tatsächlich von radikalen Positionen entfernt und sich von der Führerschaft der RSS emanzipiert oder wird von der hindu-nationalen Organisation bewußt eine Doppelstrategie verfolgt?

Flutopfer in Bihar

Nach den verheerenden Überschwemmungen im Norden Indiens und in Bangladesh wird nach einem Bericht

des Nachrichtenmagazins 'Down to Earth' deutlich, daß nicht nur Naturgewalten für die existenzbedrohende Situation vieler Menschen verantwortlich sind. Im Falle des Kosi - eines aus Tibet und Nepal in die Gangesebene strömenden Flusses - werden auch von Menschenhand gemachte Fehler offensichtlich. 800.000 Menschen aus rund 300 Dörfern des Bundesstaates Bihar leben hier zwischen Kosi und einem seit den fünfziger Jahren stark ausgebauten Deichsystem. Bei jeder Flut werden Dörfer überschwemmt und Häuser zerstört. Auch in diesem Jahr warten die Menschen auf Booten mit unzureichender Nahrungsmittelversorgung auf einen Rückgang des Wasserpegels.

Für diese inhumanen Lebensbedingungen in einer ohnehin von Armut und Perspektivlosigkeit geprägten Region gibt es auch politische Ursachen: So glaubte die indische Regierung seit den fünfziger Jahren mit Hilfe von Uferbefestigungen die periodisch auftretenden Überschwemmungen kontrollieren sowie Dörfer und Farmland schützen zu können. Diese Politik ging zudem von der Prämisse aus, daß das Hochwasser für die Flußanlieger einen Fluch darstellt. Übersehen wurde im Eifer dieser Entwicklungsphase jedoch, daß durch den Deichbau gleichzeitig der Abfluß des Wassers behindert wird und Bauern die Fluten zur Nährstoffanreicherung ihrer Böden verlieren.

Beim Bau übersehen wurde überdies, daß sich der Flußlauf des Kosi kontinuierlich veränderte. In den letzten 200 Jahren verschob er sich um 110 km nach Westen. Diese Bewegung wurde durch die Eindeichung verhindert und die dafür verantwortlichen Schwemmmaterialien intensivieren letztlich die Überflutung.

Seit 1987 besteht zwar ein Organisationskomitee, um die schlimmsten Folgen der Überschwemmungen aufzufangen, Sozialarbeiter nehmen sich des Schicksals der Flußanlieger an - von einer Korrektur der in der Vergangenheit gemachten Fehler indes ist man an verantwortlicher Stelle noch weit entfernt.

Gewalt in Tamil Nadu

Am 4. Oktober kam es im Küstendistrikt Ramanathapuram im südlichen Tamil Nadu zu Ausschreitungen zwischen kastenlosen Dalit und der rück-

ständigen Kaste der Thevars, in deren Verlauf elf Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Die Opfer, die von beiden Gemeinschaften zu beklagen sind, gehören ausschließlich einer ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsschicht an. Außerdem wurden im Verlauf der Unruhen hunderte von Geschäften, besonders muslimischer Geschäftsleute, zerstört. Die Regierung Tamil Nadus reagierte im Gegensatz zu früheren Gewalttaten unverzüglich. Ministerpräsident Karunanidhi entsandte gleich mehrere Minister zur Beruhigung der Lage in dem betroffenen Distrikt. Dennoch werden den Sicherheitskräften im Vorfeld der Ausschreitungen Versäumnisse vorgeworfen, da sie nicht zu einer Entschärfung der Situation beigetragen haben.

Ausgangspunkt der Gewaltwelle war eine Kundgebung und der Zusammenschluß gewaltbereiter Thevar-Jugendlicher in der 'Koottamaippu Conference'. Den bisher unorganisierten Gruppen werden mehrere Gewalttaten der letzten fünf Jahre zur Last gelegt. Die Allianz ist als eine Reaktion auf eine wenige Wochen zuvor auf Bundesstaatsebene durchgeführte Dalit-Konferenz der 'Puthiya Tamilagam' zu verstehen. Ihr Führer, Dr. K. Krishnasamy - ein Arzt aus Coimbatore - hatte erst während der letzten 'Lok Sabha'-Wahlen die Organisation in eine politische Partei umgewandelt. Er genießt unter den Dalits hohes Ansehen und konnte in den zurückliegenden Jahren zu einem vielversprechenden Dalit-Führer aufsteigen. Krishnasamy sieht in den Ramanathapuram-Ausschreitungen weder einen originären Kasten-Konflikt noch kommunalistische Ursachen. Seinen Angaben zufolge liegen dem Konflikt keine lokalen Ursachen zugrunde. Vielmehr vermutet er externe Drahtzieher. Auch Mitglieder des Kabinetts in Chennai äußern sich in ähnlicher Weise. Verwiesen wird auf ein Treffen zwischen einem Thevar-Führer aus Ramanathapuram mit der Oppositionsführerin der 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK), Jayalalitha. So wird sie mit einer bewußten Destabilisierung der politischen Lage in Tamil Nadu in Verbindung gebracht. Damit könnte sie - so wird gemutmaßt - den Druck auf ihren Koalitionspartner in Delhi, die BJP, erhöhen und ihrer Forderung nach Ablösung der regierenden DMK - sprich Ausrufung der 'Presidents Rule' - näherkommen.

Besorgniserregend jedenfalls ist die Befürchtung, daß die fortschreitende Kastenmobilisierung eine zunehmende Kommunalisierung der Gemeinschaften nach sich zieht. Auch läßt die Verwendung hinduistischer Symbole wie des 'Lotus' oder des 'Om-Zeichens' auf eine Involvierung der sogenannten 'Sangh

Parivar' - der radikal-hinduistischen RSS-Familie - schließen.

Streit um Periyar-Wasser

Beim Streit um das Wasser des Flusses Periyar verschärfen sich die Töne zwischen den südindischen Bundesstaaten Kerala und Tamil Nadu. Kerala fordert eine höhere Wassermenge. Das besondere in diesem Disput ist, daß es sich beim Periyar im Grunde genommen um gar keinen inter-staatlichen Fluß handelt. Der Periyar entspringt und mündet in Kerala und fließt zu keiner Zeit durch Tamil Nadu. Jedoch werden über ein Tunnelsystem bereits seit Ende des letzten Jahrhunderts Agrargebiete in Tamil Nadu sowie die Stadt Madurai mit Wasser versorgt. Seitdem stieg die erforderliche Wassermenge nicht zuletzt durch eine Ausweitung der zu bewässernden Fläche um ein Vielfaches an. Chennai kann sich bei den Wasserrechten auf Verträge aus der Kolonialzeit berufen.

Trotz seiner zahlreichen Flüsse verweist Kerala auf seinen geringen Pro-Kopf-Verbrauch und pocht daher auf eine höhere Wasserzuteilung. Doch selbst während der diesjährigen Monsunsaison hat der Wasserstand am Periyar-Damm nicht die Höhe erreicht, die eine Wasserabgabe an Kerala zur Folge haben würde. Die Bewohner westlich und östlich der Western Ghats fürchten, daß durch eine zunehmende Politisierung des Konflikts mögliche Kompromisse erschwert werden.

Keine 'Presidents Rule' in Bihar

Staatspräsident K.R. Narayanan hat sich Ende September der Forderung der Unionsregierung widersetzt, die Regierung Bihars ihres Amtes zu entheben. Diese Zurückweisung der von der BJP geführten Koalitionsregierung und dem Gouverneur Bihars, Sunder Singh Bhandari, geforderten Absetzung der Rabri Devi-Regierung in Patna setzte ein klares Signal Narayanans, den Mißbrauch des Artikel 356 - die sogenannte 'Presidents Rule' - zukünftig zu verhindern. Narayanan machte deutlich, daß die von Gouverneur Bhandari dargestellte 'law and order'-Situation eine Enthebung der Landesregierung nicht rechtfertige.

Die BJP in New Delhi sah sich bereits seit geraumer Zeit dem Druck von seiten der Koalitionspartner ausgesetzt, in diversen Bundesstaaten - so u.a. in Tamil Nadu und West Bengalen - den Artikel 356 zur Anwendung zu bringen. Im Falle Bihars war die treibende Kraft die 'Samata Party', welche darauf hofft, in Koalition mit der BJP die in Patna regierende 'Rashtriya Janata Dal' (RJD)

beerben zu können. Laloo Prasad Yadav, der Ehemann der Ministerpräsidentin Rabri Devi, nahm die Niederlage der Regierung zum Anlaß, seine erst jüngst gegründete Allianz mit dem Parteiführer der 'Samajwadi Party', Mulayam Singh Yadav, als säkulare Alternative für New Delhi zu präsentieren.

Staatspräsident Narayanan unterstreicht somit einmal mehr, daß er seine Funktion als Staatsoberhaupt neu definiert. Die jetzige Entscheidung wie auch seine Verweigerung im Oktober 1997 die BJP-Landesregierung in Uttar Pradesh abzusetzen, bedeuten ein Novum in der indischen Verfassungsgeschichte und entfachen in Indien eine erneute Diskussion über das vielfach mißbrauchte Machtinstrument der 'Presidents Rule'.

Neuerscheinung:

M. Fritz u. M. Kämpchen: *Krishna, Riksha, Internet: Indiens Weg in die Moderne. München: Beck, 1998. (Beck'sche Reihe, 1269). DM 24,-.*

"Der "Elefant" erwacht: Indien hat seinen Weg in die Moderne angetreten. Doch der Aufbruch ist nicht leicht, weshalb das Bild des erwachenden Elefanten hier besser angebracht ist als das des Tigers, der zum Sprung ansetzt. Die beiden Indienkenner (...) beschreiben den Aufbruch des Subkontinents ins 21. Jahrhundert und es gelingt ihnen, ein komplexes Bild der indischen Wirklichkeit zu zeichnen." (Aus dem Klappentext)